

# Südhessen Morgen vom 13.06.2005

## "Noch kein Sanierungsbeschluss"

### Stadtparlament zögert wegen der hohen Investitionskosten

BLampertheim. Lange diskutiert, dann doch verschoben: Der Beschluss über die Straßensanierung in Neuschloß (wir haben mehrfach berichtet) hat die Stadtverordnetenversammlung in ihrer jüngsten Sitzung einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt. Vorausgegangen war ein Antrag der Sozialdemokraten. Fraktionschef Hans Hahn hatte für einen Aufschub der Entscheidung plädiert, weil auch nach den Debatten in den Ausschüssen zuvor noch Fragen offen geblieben seien.

Unter dem Beifall der Koalition äußerte Hahn vor allem Bedarf an konkreten Zusagen der Versorger, sich an den Investitionskosten in Höhe von 3,8 Millionen Euro zu beteiligen. Außerdem sei noch zu klären, wer für die Entsorgung des kontaminierten Materials und für Schutzmaßnahmen bei späteren Eingriffen aufzukommen habe.

Die SPD hatte in den Ausschüssen stets ihre Neigung bekundet, der Sanierungsvariante 2 zuzustimmen. Sie hatte damit der Verwaltungsvorlage entsprochen, die einen Aushub des Erdreiches im Leitungsbereich bis in eine Tiefe von 1,4 Metern befürwortet. Durch Eigenleistungen und grundsätzliche Erklärungen von Versorgern wie Stadtwerken und EWR sieht die Verwaltung Einsparpotenziale in Höhe von rund 1,5 Millionen Euro.

Im Bündnis hatte sich bei den Beratungen in den Ausschüssen jedoch bereits Widerspruch geregt. Vor allem die CDU hegte erhebliche Skepsis gegenüber der von der Verwaltung vorgeschlagenen Marschroute. Sie sah zudem kein akutes Gefahrenpotenzial, dem beizukommen sei. Die auf die Stadt zukommenden Mehrkosten in Höhe von mindestens zwei Millionen Euro gingen zudem zu Lasten des Gesamthaushalts und drängten den übrigen Lampertheimer Investitionsbedarf unzulässig beiseite. Die Christdemokraten hatten deshalb stets die so genannten "Sowieso-Variante" befürwortet, wonach das Land lediglich den Untergrund im Bereich von Privatgrundstücken dekontaminieren ließe. FWG, FDP und Grüne forderten unterdessen eine Nachbesserung in Form von konkreten Versorgerzusagen.

Vor der entscheidenden Stadtverordnetenversammlung am Freitagabend hatte sich die CDU mit ihren Koalitionspartnern darauf verständigt, einen Gegenantrag zu stellen. Dieser hätte unter anderem die Forderung enthalten, zu prüfen, ob eine Verlegung der Leitungstrassen in die privaten Grundstücksbereiche mit der "Sowieso-Variante" kombiniert werden könnte. Mit ihrem Antrag, den Punkt von der Tagesordnung abzusetzen, um weitere Gelegenheit zu Beratung und Meinungsbildung zu gewinnen, ist die SPD der Bündnis-Mehrheit zuvorgekommen. urs